

**Sicherheitsrat**

Verteilung: Allgemein
5. Oktober 2017

Resolution 2380 (2017)

**verabschiedet auf der 8061. Sitzung des Sicherheitsrats
am 5. Oktober 2017**

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 2240 (2015) und 2312 (2015) und die Erklärung seiner Präsidentin S/PRST/2015/25,

in Bekräftigung seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit Libyens,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs S/2017/761,

unter Hinweis darauf, dass das Völkerrecht, wie im Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 niedergelegt, den rechtlichen Rahmen für Meerestätigkeiten vorgibt,

sowie *in Bekräftigung* des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, seines Zusatzprotokolls gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg und seines Zusatzprotokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, als wichtigste völkerrechtliche Übereinkünfte zur Bekämpfung der Schleusung von Migranten und der damit verbundenen Handlungen sowie zur Bekämpfung des Menschenhandels,

unterstreichend, dass die Mitgliedstaaten erkennen müssen, dass es sich bei der Schleusung von Migranten und dem Menschenhandel, die zwar in manchen Fällen Gemeinsamkeiten aufweisen können, um zwei unterschiedliche Straftaten handelt, die im Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seinen Zusatzprotokollen entsprechend definiert sind und denen mit unterschiedlichen rechtlichen, operativen und politischen Maßnahmen begegnet werden muss,

beklagend, dass es auf dem Mittelmeer immer noch zu tragischen Vorfällen kommt, bei denen bislang Tausende von Menschen umgekommen sind, und mit Besorgnis feststellend, dass einige dieser Todesfälle Folge von Ausbeutung und Falschinformation durch grenzüberschreitende kriminelle Organisationen sind, die die illegale Schleusung von Migranten mit gefährlichen Methoden zum Zweck der persönlichen Bereicherung und unter kaltherziger Missachtung menschlichen Lebens erleichterten,



mit dem Ausdruck großer Besorgnis darüber, dass die Schleusung von Migranten im Mittelmeer, insbesondere vor der Küste Libyens, immer noch stark zunimmt und Menschenleben gefährdet, und erneut erklärend, dass sich unter diesen Migranten möglicherweise auch Personen befinden, die Flüchtlinge im Sinne des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des dazugehörigen Protokolls von 1967 sind,

in diesem Zusammenhang *hervorhebend*, dass Migranten, einschließlich Asylsuchender, ungeachtet ihres Migrationsstatus mit Menschlichkeit und Würde und unter uneingeschränkter Achtung ihrer Rechte zu behandeln sind, in dieser Hinsicht alle Staaten nachdrücklich auffordernd, ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich der anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen und des anwendbaren Flüchtlingsvölkerrechts, nachzukommen, sowie betonend, dass die Staaten verpflichtet sind, soweit anwendbar, die Menschenrechte von Migranten ungeachtet ihres Migrationsstatus zu schützen, auch bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Migrations- und Grenzschutzpolitik,

in dieser Hinsicht die Notwendigkeit *bekräftigend*, die Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Migranten, insbesondere diejenigen der Frauen und Kinder, ungeachtet ihres Migrationsstatus wirksam zu fördern und zu schützen und die Frage der internationalen Migration durch Zusammenarbeit und Dialog auf internationaler, regionaler oder bilateraler Ebene und mittels eines umfassenden und ausgewogenen Ansatzes anzugehen und dabei die Rolle und die Verantwortlichkeiten der Herkunfts-, Transit- und Zielländer bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte aller Migranten anzuerkennen und Ansätze zu vermeiden, die Migranten noch verwundbarer machen könnten,

ferner unter Hinweis auf das Internationale Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und das Internationale Übereinkommen über den Such- und Rettungsdienst auf See,

ferner mit dem Ausdruck seiner Besorgnis darüber, dass die Situation in Libyen durch die Schleusung von Migranten und den Menschenhandel in, durch und aus dem Hoheitsgebiet Libyens verschärft wird und dadurch andere Netzwerke der organisierten Kriminalität und terroristische Netzwerke in Libyen unterstützt werden könnten,

eingedenk dessen, dass der Sicherheitsrat nach der Charta der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt,

unterstreichend, dass die Regierung der nationalen Eintracht die Hauptverantwortung dafür trägt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die starke Zunahme der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels durch das Hoheitsgebiet und die Hoheitsgewässer Libyens in der letzten Zeit vorzugehen und die damit verbundene Gefährdung von Menschenleben zu verhindern,

eingedenk der Notwendigkeit, die Anstrengungen zur Stärkung des libyschen Grenzmanagements weiter zu unterstützen, in Anbetracht der Schwierigkeiten der Regierung der nationalen Eintracht, die Migrationsströme durch das libysche Hoheitsgebiet effektiv zu bewältigen, und besorgt über die Auswirkungen dieses Phänomens auf die Stabilität Libyens und der Mittelmeerregion,

unter Begrüßung der Unterstützung, die die meistbetroffenen Mitgliedstaaten, einschließlich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und die Nachbarländer derzeit der Regierung der nationalen Eintracht leisten, unter anderem unter Berücksichtigung der Rolle der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex) und des konkreten Mandats der Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des integrierten Grenzmanagements in Libyen,

in Anerkennung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23. Juni 2017 und der Presseerklärung des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 16. Februar 2016, in denen die Notwendigkeit wirksamer internationaler Maßnahmen zur Bewältigung der unmittelbaren und langfristigen Aspekte der illegalen Migration und des Menschenhandels nach Europa unterstrichen wurde,

Kenntnis nehmend von dem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 25. Juli 2017, das Mandat der Militäroperation der Europäischen Union im südlichen zentralen Mittelmeer (EUNAVFOR MED Operation SOPHIA) bis zum 31. Dezember 2018 zu verlängern,

ferner Kenntnis nehmend von den laufenden Gesprächen zwischen der Europäischen Union und der Regierung der nationalen Eintracht über Migrationsfragen,

sowie *mit dem Ausdruck* seiner nachdrücklichen Unterstützung für die von der Schleusung von Migranten und dem Menschenhandel betroffenen Staaten in der Region und unter Betonung der Notwendigkeit, die Anstrengungen stärker zu koordinieren, um diese gemeinsamen Herausforderungen im Geiste der internationalen Solidarität und der geteilten Verantwortung auf mehrdimensionaler Ebene wirksamer anzugehen, ihre Grundursachen zu bekämpfen und zu verhindern, dass Menschen von Schleusern und Menschenhändlern ausgebeutet werden,

in Anerkennung der Notwendigkeit, den Staaten in der Region auf Ersuchen dabei behilflich zu sein, umfassende und integrierte regionale und nationale Strategien, Rechtsrahmen und Institutionen zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels zu entwickeln, einschließlich Mechanismen zu ihrer Umsetzung im Rahmen der Verpflichtungen der Staaten nach dem anwendbaren Völkerrecht,

betonend, dass die Bekämpfung der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels, einschließlich der Zerschlagung der Schleuser- und Menschenhändlernetzwerke in der Region und der strafrechtlichen Verfolgung der Schleuser und Menschenhändler, einen koordinierten, mehrdimensionalen Ansatz der Herkunfts-, Transit- und Zielländer erfordert, und ferner in Anerkennung der Notwendigkeit, wirksame Strategien zu entwickeln, um von der Schleusung von Migranten und dem Menschenhandel in den Herkunfts- und Transitländern abzuschrecken,

nachdrücklich darauf hinweisend, dass Migranten mit Menschlichkeit und Würde und unter uneingeschränkter Achtung ihrer Rechte zu behandeln sind, und in dieser Hinsicht alle Staaten nachdrücklich auffordernd, ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich der anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen und des anwendbaren Flüchtlingsvölkerrechts, nachzukommen,

eingedenk dessen, dass die Staaten nach dem anwendbaren Völkerrecht verpflichtet sind, die nötige Sorgfalt walten zu lassen, um die Schleusung von Migranten und den Menschenhandel zu verhüten und zu bekämpfen, gegen die Täter zu ermitteln und sie zu bestrafen, die Opfer von Menschenhandel und Migranten zu identifizieren und ihnen wirksame Hilfe zu gewähren und so umfassend wie möglich zusammenzuarbeiten, um die Schleusung von Migranten und den Menschenhandel zu verhüten und zu unterbinden,

die Notwendigkeit *bekräftigend*, der immer noch starken Zunahme der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels im Mittelmeer vor der Küste Libyens und der damit verbundenen Gefährdung von Menschenleben ein Ende zu setzen, und zu diesem konkreten Zweck tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. *verurteilt* alle Handlungen zum Zweck der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels in, durch und aus dem Hoheitsgebiet Libyens und vor seiner Küste, die

den Stabilisierungsprozess in Libyen weiter untergraben und Hunderttausende Menschenleben gefährden;

2. *fordert* die Mitgliedstaaten, die einzelstaatlich oder über Regionalorganisationen wie die Europäische Union tätig werden, *erneut auf*, mit der Regierung der nationalen Eintracht und miteinander zusammenzuarbeiten, unter anderem durch die Weitergabe von Informationen, um Libyen auf Ersuchen dabei behilflich zu sein, die Kapazitäten aufzubauen, die es benötigt, um insbesondere seine Grenzen zu sichern und Handlungen zum Zweck der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels durch sein Hoheitsgebiet und in seinen Hoheitsgewässern zu verhüten, zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, mit dem Ziel, eine weitere Zunahme der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels in, durch und aus dem Hoheitsgebiet Libyens und vor seiner Küste sowie die damit verbundene Gefährdung von Menschenleben zu verhindern;

3. *fordert* die Mitgliedstaaten und Regionalorganisationen *nachdrücklich auf*, im Geiste der internationalen Solidarität und der geteilten Verantwortung mit der Regierung der nationalen Eintracht und untereinander zusammenzuarbeiten, unter anderem durch die Weitergabe von Informationen über Handlungen zum Zweck der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels in den Hoheitsgewässern Libyens und auf Hoher See vor der Küste Libyens, und den auf See aufgegriffenen Migranten und Opfern von Menschenhandel im Einklang mit dem Völkerrecht Hilfe zu leisten;

4. *fordert* die Staaten und Regionalorganisationen, deren Marine- und Luftfahrzeuge auf Hoher See und im Luftraum vor der Küste Libyens im Einsatz sind, *nachdrücklich auf*, Wachsamkeit in Bezug auf Handlungen zum Zweck der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels zu üben, und legt den Staaten und Regionalorganisationen in diesem Zusammenhang nahe, ihre Maßnahmen zur Abschreckung solcher Handlungen in Zusammenarbeit mit Libyen zu verstärken und zu koordinieren;

5. *fordert* die Mitgliedstaaten, die einzelstaatlich oder über die Schleusung von Migranten und den Menschenhandel bekämpfende Regionalorganisationen tätig werden, *auf*, auf Hoher See vor der Küste Libyens wie nach dem Völkerrecht zulässig alle nicht beflaggten Schiffe, einschließlich Schlauchbooten, Flößen und Jollen, zu überprüfen, die ihnen hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass organisierte kriminelle Unternehmen sie für die Schleusung von Migranten oder den Menschenhandel aus Libyen verwendet haben, verwenden oder zu verwenden im Begriff sind;

6. *fordert* diese Mitgliedstaaten *ferner auf*, mit Zustimmung des Flaggenstaats auf Hoher See vor der Küste Libyens Schiffe zu überprüfen, die ihnen hinreichende Gründe für die Annahme liefern, dass organisierte kriminelle Unternehmen sie für die Schleusung von Migranten oder den Menschenhandel aus Libyen verwendet haben, verwenden oder zu verwenden im Begriff sind;

7. *beschließt*, für einen weiteren Zeitraum von zwölf Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution die in den Ziffern 7, 8, 9 und 10 der Resolution 2240 (2015) erteilten Ermächtigungen zu verlängern, und bekräftigt ansonsten den Inhalt dieser Ziffern;

8. *bekräftigt*, dass die in den Ziffern 7 und 8 der Resolution 2240 (2015) erteilten Ermächtigungen nur auf die Situation der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels auf Hoher See vor der Küste Libyens Anwendung finden und die Rechte, Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten nach dem Völkerrecht, einschließlich Rechten oder Pflichten nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, insbesondere auch den allgemeinen Grundsatz der ausschließlichen Hoheitsgewalt eines Flaggenstaats über seine Schiffe auf Hoher See, in Bezug auf jede andere Situation unberührt lassen und dass die in Ziffer 10 der Resolution 2240 (2015) erteilte Ermächtigung nur für die

Bekämpfung der Schleuser und Menschenhändler auf Hoher See vor der Küste Libyens gilt;

9. *unterstreicht*, dass diese Resolution nicht den Zweck hat, die Menschenrechte von Personen zu untergraben oder sie daran zu hindern, entsprechend den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht Schutz zu suchen, sondern darauf abzielt, die organisierten kriminellen Unternehmen, die Migranten schleusen und Menschenhandel betreiben, zu zerschlagen und den Verlust von Menschenleben zu verhindern;

10. *weist nachdrücklich darauf hin*, dass alle Migranten, einschließlich Asylsuchender, mit Menschlichkeit und Würde und unter uneingeschränkter Achtung ihrer Rechte zu behandeln sind, und fordert in dieser Hinsicht alle Staaten nachdrücklich auf, ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich der anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen und des anwendbaren Flüchtlingsvölkerrechts, nachzukommen;

11. *fordert* die Mitgliedstaaten und Regionalorganisationen, die aufgrund der in Ziffer 7 genannten Ermächtigungen tätig werden, *nachdrücklich auf*, die Lebensgrundlagen derjenigen, die Fischfang betreiben oder anderen rechtmäßigen Tätigkeiten nachgehen, gebührend zu berücksichtigen;

12. *fordert* alle Staaten, die die entsprechende Zuständigkeit nach dem Völkerrecht oder innerstaatlichem Recht besitzen, *auf*, gegen Personen, die für Handlungen zum Zweck der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels auf See verantwortlich sind, zu ermitteln und sie strafrechtlich zu verfolgen, im Einklang mit den Verpflichtungen der Staaten nach dem Völkerrecht, einschließlich der anwendbaren internationalen Menschenrechtsnormen und des anwendbaren Flüchtlingsvölkerrechts;

13. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, zu erwägen, das Zusatzprotokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und das Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zu ratifizieren beziehungsweise ihnen beizutreten, und fordert die Vertragsstaaten auf, diese Übereinkünfte wirksam durchzuführen;

14. *ersucht* die Staaten, die von der mit dieser Resolution erteilten Ermächtigung Gebrauch machen, den Sicherheitsrat innerhalb von drei Monaten ab dem Datum der Verabschiedung dieser Resolution und danach alle drei Monate über den Stand der Maßnahmen zu unterrichten, die sie in Ausübung der in Ziffer 7 erteilten Ermächtigung durchgeführt haben;

15. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat elf Monate nach der Verabschiedung dieser Resolution über ihre Durchführung, insbesondere die Durchführung ihrer Ziffer 7, Bericht zu erstatten;

16. *bekundet* seine Absicht, die Situation weiter zu überprüfen und gegebenenfalls zu erwägen, die in dieser Resolution erteilte Ermächtigung um weitere Zeiträume zu verlängern;

17. *beschließt*, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.